

Informationen zum Verfahren

Vergabe-Nr.: 011 26

Lieferung, Service und Einrichtung eines Data Warehouse

Version: 1.0

Datum: 08.05.2026

Auftraggeber:
Klinikum St. Georg gGmbH
Delitzscher Straße 141
04129 Leipzig

Kontakt:
Ausschreibungsstelle
Tel.: +49 341909 3250
Fax: +49 341909 3251
E-Mail: ausschreibungsstelle@sanktgeorg.de

Inhalt

1	Allgemeine Informationen zum Ablauf des Vergabeverfahrens	4
2	Gegenstand des Auftrages	4
3	Vertragslaufzeiten.....	4
4	Angaben mit Gültigkeit für das gesamte Vergabeverfahren	5
4.1	Auftraggeber und Kontaktstelle	5
4.2	Art der Vergabe	5
4.3	Geplanter zeitlicher Ablauf	5
4.4	Kommunikation	6
4.5	Form der Teilnahmeanträge und Angebote, Kostenerstattung	7
4.6	Nachforderung von Unterlagen	7
4.7	Bewerber- und Bietergemeinschaften.....	8
4.8	Rügeobliegenheit, Rügefristen, Nachprüfungsverfahren.....	8
4.9	Vertragsbedingungen	9
4.10	Anwendbares Recht	9
5	Angaben zum Teilnahmewettbewerb.....	10
5.1	Fehlen von Ausschlussgründen	10
5.2	Allgemeine Eignung des Bieters	10
5.3	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	10
5.4	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	10
5.5	Eignungsleihe.....	10
5.6	Vollständigkeits- und Eignungsprüfung.....	11
5.7	Auswahlentscheidung	11
6	Angebots-/Verhandlungsphase (Stufe 2)	12
6.1.1	Losaufteilung	12
6.1.2	Nebenangebote	12
6.1.3	Angebotsinhalte	12
6.1.4	Formale Anforderungen.....	12
6.1.5	Öffnung und Prüfung der Angebote.....	12
6.1.6	Bietergespräche/Verhandlungsrunde(n).....	13
6.1.7	Abgabe des endgültigen Angebotes.....	14
6.1.8	Beendigung des Verfahrens	14

6.1.9	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	14
6.2	Preisangaben	14
6.2.1	Allgemeines	14
6.2.2	Eintragungen des Bieters	14
6.2.3	Angemessenheit der Preise.....	14
6.2.4	Preisprüfung	15
6.3	Zuschlagskriterien / Angebotswertung.....	15
6.4	Bewertung im Haupt-Kriterium „Qualität“	15
6.5	Bewertung im Haupt-Kriterium „Preis“	16
6.6	Zuschlagsentscheidung	16
7	Begriffsbestimmungen.....	17

1 Allgemeine Informationen zum Ablauf des Vergabeverfahrens

Diese Informationen zum Verfahren und zu den Bewerbungsbedingungen benennen die zu beachtenden Regeln des Vergabeverfahrens sowohl für den Teilnahmewettbewerb als auch – in Grundzügen – für die sich anschließende Angebotsphase.

Der Teilnahmewettbewerb dient der Festlegung des Bieterkreises für das genannte Vorhaben. Auf der folgenden, zweiten Stufe des Verfahrens werden die vom Auftraggeber nach Prüfung der Teilnahmeanträge ausgewählten Bewerber aufgefordert, zunächst ein unverbindliches erstes Angebot (Indikation) einzureichen. Nach Abgabe des Angebots wird ein Präsentations- und Verhandlungstermin durchgeführt, in dessen Anschluss die Bieter zur Abgabe eines überarbeiteten Angebots aufgefordert werden. Der Auftraggeber behält sich vor, eine weitere Verhandlungsrunde durchzuführen.

Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblätter bzw. Dokumente sind zu verwenden. Eine Auflistung aller einzureichenden Unterlagen bzw. Erklärungen findet sich in Abschnitt 7 am Ende dieses Dokuments.

Teile der Vergabeunterlagen (u. a. genaue Aufgabenstellung und Vertragsentwurf) werden nur denjenigen Bewerbern, die als Bieter auf der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens zugelassen wurden, zur Verfügung gestellt. Dies erfolgt in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des OLG Düsseldorf, Beschluss vom 17.10.2018 - VII Verg 26/18, und der VK Westfalen, Beschluss vom 19.07.2019 - VK 2 - 13/19. Der Auftraggeber geht davon aus, dass interessierten Unternehmen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sämtliche Informationen zur Verfügung stehen, die erforderlich sind, um ihnen eine Entscheidung über eine Teilnahme am Verfahren zu ermöglichen.

2 Gegenstand des Auftrages

Das neu zu beschaffende Data Warehouse ist zur Unterstützung der Führungskräfte für strategische Entscheidungen und für die Steuerung der operativen Aufgaben vorgesehen. Es soll über Problemlösungsmethoden und -instrumente verfügen und die bisherigen Berichte ersetzen und / oder ergänzen.

Ziel dieses Vergabeverfahrens ist der Aufbau eines Data Warehouse mit einer qualitätsgesicherten Zusammenführung der Daten aller Unternehmensteile als Basis für die wesentlichen Anwendungsbereiche Analyse, Berichterstattung und Planung.

3 Vertragslaufzeiten

Der Umsetzungszeitraum soll nach Ablauf der Bindefrist beginnen. Die Inbetriebnahme des Data Warehouse-Systems muss bis spätestens 5 Monate nach Zuschlagserteilung und erfolgter Mitwirkungspflichten des Auftraggebers (IT-Beistellungen und Gewährung des Zugangs zu den Bestands- bzw. Alt-Systemen) abgeschlossen sein, und eine produktive Nutzung über mindestens 5 Jahre ermöglichen.

4 Angaben mit Gültigkeit für das gesamte Vergabeverfahren

4.1 Auftraggeber und Kontaktstelle

Auftraggeber: **Klinikum St. Georg gGmbH**

Delitzscher Straße 141

04129 Leipzig

Kontakt: Ausschreibungsstelle

Tel.: +49 341909 3250

Fax: +49 341909 3251

ausschreibungsstelle@sanktgeorg.de

4.2 Art der Vergabe

Die Ausschreibung erfolgt unter Beachtung der Vorschriften des vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV). Die nachfolgenden Bedingungen stellen lediglich Konkretisierungen der vorstehend genannten Regelungen dar, die uneingeschränkt und im Zweifel vorrangig gelten.

Es wird ein **Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb** gemäß § 14 Abs. 3, Nr. 3 VgV durchgeführt, weil der Auftrag aufgrund konkreter Umstände, die mit der Art, der Komplexität, dem rechtlichen und finanziellen Rahmen und den damit einhergehenden Risiken nicht ohne vorherige Verhandlung vergeben werden kann.

4.3 Geplanter zeitlicher Ablauf

Der nachfolgend abgebildete vorläufige Terminplan **ist mit Ausnahme des Datums zur Einreichung der Teilnahmeanträge** nicht verbindlich, sondern gibt einen Überblick über den geplanten Ablauf des Verfahrens.

Bekanntmachung	22.05.2026
Einreichung Teilnahmeantrag	22.06.2026, 12.00 Uhr
Aufforderung zur Abgabe der Erstantgebote	03.07.2026
Abgabe der Erstantgebote	28.07.2026, 12.00 Uhr
Bietergespräche	KW 33 / 34
Aufforderung zur Abgabe endgültiger Angebote	31.08.2026

Abgabe der endgültigen Angebote	10.09.2026, 12.00 Uhr
Versand Informationsschreiben nach § 134 GWB	09.10.2026
Zuschlag	20.10.2026
Bindefrist	06.11.2026

Bei der **Abgabe der Teilnahmeanträge** ist der o. g. Abgabetermin zwingend einzuhalten. Teilnahmeanträge, die nach dem Abgabetermin eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Maßgeblich ist der Eingang auf der unter 4.4 genannten Vergabeplattform.

4.4 Kommunikation

Das gesamte Vergabeverfahren wird in elektronischer Form abgewickelt. Dazu wird folgende Vergabeplattform genutzt:

<https://www.dtv.de/>

Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt in elektronischer Form über diese Vergabeplattform. Das umfasst:

- Die Bekanntmachung der Ausschreibung
- Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen
- Die Kommunikation im Vergabeverfahren (Bieteranfragen, Bieterinformationen)
- Die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten
- Die Öffnung von Teilnahmeanträgen und Angeboten
- Die Kommunikation mit den Bietern im Nachgang (Angebotsaufklärung)

In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung werden die Informationsschreiben gem. § 134 GWB per E-Mail oder Fax und ergänzend über die Plattform verschickt. Der Zuschlag wird ebenfalls nicht über die Plattform erteilt.

Die Auskunft erteilende Stelle ist die in Abschnitt 4.1 genannte Kontaktstelle. Telefonische Anfragen sind zu unterlassen. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt! Sie wären – falls sie doch erteilt werden – nicht verbindlich.

Die Unternehmen werden dazu angehalten, die Vergabeunterlagen unverzüglich sorgfältig nach deren Erhalt durchzusehen und diesbezügliche Fragen zeitnah zu stellen. Der Auftraggeber verweist darauf, dass gem. § 20 Abs. 3 VgV Informationen „**rechtzeitig**“ anzufordern sind. Der Auftraggeber geht grundsätzlich davon aus, dass Fragen, die **später als 10 Tage vor Ablauf der Teilnahmeantrags- bzw. der Angebotsfrist** eingehen, nicht mehr als rechtzeitig gestellt anzusehen sind.

Der Auftraggeber verweist auf die Möglichkeit, sich auf der Vergabeplattform registrieren zu lassen. Für den Abruf der Vergabeunterlagen ist dies jedoch nicht notwendig. Sämtliche Informationen zum Verfahren werden kosten- und barrierefrei zur Verfügung gestellt. Soweit bis zum Ablauf der Angebotsfrist Änderungen an den Vergabeunterlagen bzw. klarstellende Informationen an die Bieter erforderlich werden (z.B. Korrektur von Fehlern, Berücksichtigung von Bieteranfragen), werden diese Änderungen/Bieterinformationen ebenfalls in elektronischer Form – wie diese Unterlagen – über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt, registrierte Interessenten werden darüber automatisch informiert.

Es stehen jeweils die aktuelle Version der Vergabeunterlagen sowie alle Bieterinformationen zur Verfügung. Es obliegt dem Bieter, diese Änderungen nachzuverfolgen und sein Angebot auf Basis der zuletzt eingestellten Version der Unterlagen zu erstellen.

Dessen ungeachtet sind die Unternehmen gehalten, sich selbständig und fortlaufend über alle Bedingungen zu unterrichten, die für die Erstellung ihrer Antrags- bzw. Angebotsunterlagen bedeutsam sind.

4.5 Form der Teilnahmeanträge und Angebote, Kostenerstattung

Die Unternehmen übermitteln, soweit nicht im Laufe des Verfahrens abweichende Mitteilungen erfolgen, ihre Teilnahmeanträge sowie Angebote in Textform nach § 126b BGB über die elektronische **Vergabepattform** www.dtv.de nach näherer Maßgabe dieser Bedingungen. Eine anderweitige Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten (auch per E-Mail) **ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss**. Die erforderlichen Unterlagen sind entweder je einzeln und mit Bezeichnung des Inhaltes als PDF-Datei hochzuladen, oder es erfolgt die Abgabe in einem gesamten Dokument als PDF-Datei. Eine PDF-Datei darf nicht größer sein als 100 MB.

Teilnahmeanträge bzw. Angebote sind in all ihren Bestandteilen zwingend in deutscher Sprache einzureichen. Das gleiche gilt für den Schriftverkehr mit dem Auftraggeber. Eingereichte Urkunden oder Dokumente, die in einer anderen Sprache (ausgenommen englisch) abgefasst sind, sind zwingend auch in deutscher oder englischer Übersetzung vorzulegen.

Für die Erstellung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote werden Kosten nicht erstattet.

4.6 Nachforderung von Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, Bewerber oder Bieter gemäß § 56 Abs. 2 S. 1 VgV unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Fordert der Auftraggeber Angaben etc. berechtigterweise nach, hat der Bewerber diese dem Auftraggeber innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist zu übermitteln. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang auf der Vergabepattform (siehe 4.4).

Sollte ein Bewerber oder Bieter der Nachforderung nicht nachkommen, wird der Teilnahmeantrag oder das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

4.7 Bewerber- und Bietergemeinschaften

Bewerber- und Bietergemeinschaften werden wie Einzelbewerber und -bieter behandelt. Bewerber- und Bietergemeinschaften müssen keine bestimmte Rechtsform haben, um einen Antrag auf Teilnahme zu stellen oder ein Angebot abzugeben. In den Angaben zum Teilnahmewettbewerb (Abschnitt 5.) ist festgelegt, wie Gruppen von Unternehmen die Eignungskriterien zu erfüllen haben. Bewerbergemeinschaften haben im Teilhmeantrag die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen. Die Anlage **10 „Bewerber_Bietergemeinschaft“** ist zu verwenden.

Eine Beteiligung an mehreren Bietergemeinschaften bzw. die Beteiligung als Einzelbieter und als Mitglied einer Bietergemeinschaft ist nicht möglich. Bewerber dürfen sich in einem Los nicht mehrfach bewerben. Das gilt auch für Bewerbungen in Bewerbergemeinschaften sowie für Niederlassungen des Bewerbers, auch wenn sie wirtschaftlich unabhängig sind.

4.8 Rügeobliegenheit, Rügefristen, Nachprüfungsverfahren

Erkennt ein Bewerber oder Bieter einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, hat er dies gegenüber dem Auftraggeber gem. § 160 Abs. 1 Nr. 1 GWB innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen zu rügen. Unabhängig davon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

Außerdem müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

Verstößt ein Bieter gegen diese Obliegenheiten, ist ein etwaiger Antrag auf Nachprüfung des Vergabeverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1-3 GWB unzulässig.

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Bieters mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Rügeführer hiergegen einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer stellen. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens alle Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB ein Akteneinsichtsrecht haben. Mit der Abgabe eines Angebotes wird dieses in die Akten des Auftraggebers aufgenommen. Jeder Bieter muss daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass sein Angebot mit allen Bestandteilen von den anderen Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden Bieters, schon in seinem Angebot auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen.

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

Vergabekammer des Freistaates Sachsen
Braustraße 2 04107 Leipzig Deutschland URL: https://www.lds.sachsen.de/index.asp?ID=4421&art_param=363 Vorsitzende: Frau Wiltrud Kadenbach Telefon:+49 341 9773800 Telefon Geschäftsstelle: +49 341 9773202 Telefax:+49 341 9771049 E-Mail: wiltrud.kadenbach@lds.sachsen.de

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber. Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

4.9 Vertragsbedingungen

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters finden keine – auch keine nachrangige – Anwendung. Es gelten ausschließlich die Allgemeinen Auftrags- und Zahlungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen des Auftraggebers.

4.10 Anwendbares Recht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG*). Gerichtsstandort ist der Hauptsitz des Auftraggebers. Es gelten ausschließlich die Allgemeinen Auftrags- und Zahlungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen des Auftraggebers.

5 Angaben zum Teilnahmewettbewerb

Der Auftrag darf nur an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben werden, die nicht nach § 123 oder § 124 GWB auszuschließen sind. Hierfür sind die nachstehend aufgeführten Eignungskriterien (einschließlich der genannten Mindestbedingungen) und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB sowie gegebenenfalls Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB maßgeblich.

5.1 Fehlen von Ausschlussgründen

Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der § 123 und § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. im Falle des Vorliegens von Ausschlussgründen Eigenerklärung, ob und welche Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB getroffen wurden; ferner Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 Schwarzarbg vorliegen.

Die Anlage 05 „Fehlen von Ausschlussgründen“ ist zu verwenden. Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft muss jedes Mitglied die Erklärung abgeben.

5.2 Allgemeine Eignung des Bieters

- a) weitere Nachweise zur Eignung sind gemäß Anlage 04 „Eigenerklärung zur Eignung“ zu erbringen
- b) Eigenerklärung, dass kein Interessenkonflikt gem. § 6 Abs. 3 VgV besteht. Die Anlage 06 "Interessenkonflikt" ist zu verwenden. Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft genügt dieser Nachweis für die Bewerbergemeinschaft.
- c) Nachweis der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: einzutragen in Anlage 04 „Eigenerklärung zur Eignung“

5.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- a) **Eigenerklärung über den Umsatz:** einzutragen in Anlage 04 Eigenerklärung zur Eignung
- b) **Berufshaftpflichtversicherung:** einzutragen in Anlage 04 Eigenerklärung zur Eignung. Mindestanforderung 2 Mio €.

5.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

weitere Nachweise zur Eignung wie Referenzen, Eignung Projektleitung und Maßnahmen zur Qualitätssicherung sind in Anlage 04 Eigenerklärung zur Eignung einzutragen.

5.5 Eignungsleihe

Ein Bieter (auch einzelne Mitglieder von Bewerbergemeinschaften) kann gem. § 47 VgV im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die

Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen. Hierfür muss er nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Soll eine Eignungsleihe erfolgen, sind die hierfür bereitgestellten Anlage 08 „Verzeichnis andere Unternehmen“ und Anlage 09 „Verpflichtungserklärung Bereitstellung Kapazitäten“ vollständig auszufüllen und vorzulegen.

5.6 Vollständigkeits- und Eignungsprüfung

Der Auftraggeber prüft in einem ersten Schritt, ob der Bewerber die Unterlagen vollständig ausgefüllt eingereicht hat.

In einem zweiten Schritt wird geprüft, ob die Eignungskriterien vorliegen. Die Eignungskriterien ergeben sich abschließend aus der Auftragsbekanntmachung und sind in der Anlage „Erklärung zur Eignung“ aufgeführt.

Teilnahmeanträge, welche die Eignungskriterien nicht erfüllen, beispielsweise weil die Mindestanforderungen nicht erfüllt sind, werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 VgV).

5.7 Auswahlentscheidung

Der Auftraggeber fordert alle geeigneten Bewerber, die nicht aus formalen Gründen vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, zur Abgabe von Erstangeboten auf.

Der Bewerber hat zum Nachweis seiner Eignung die geforderten Erklärungen in der Anlage 04 „Eigenerklärung zur Eignung“ in den dafür vorgesehenen Feldern vollständig abzugeben. Die Nichterweislichkeit eines Kriteriums geht bei nicht abgegebenen Erklärungen des Bewerbers zu dessen Lasten.

Die Nichterfüllung von Kriterien in der Anlage 04 „Eigenerklärung zur Eignung“, die eindeutig als Mindestanforderungen gekennzeichnet sind, führt zum Ausschluss des Bewerbers.

6 Angebots-/Verhandlungsphase (Stufe 2)

Die geeigneten Bewerber haben anschließend vor dem Verhandlungstermin auf der Vergabeplattform <http://www.dtv.de> ein erstes Angebot zu den ausgeschriebenen Leistungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, auf dieses Erstante – auch ohne Verhandlung – gemäß § 17 Absatz 11 VgV den Zuschlag zu erteilen. Führt der Auftraggeber eine Verhandlung durch und ergeben sich aufgrund dieser Verhandlung Änderungen in der Leistungsbeschreibung, fordert der Auftraggeber alle Bewerber zu erneuten Angebotsabgabe auf. Ferner haben die Bewerber mit dem Angebot mehrere Konzepte zur Umsetzung der Maßnahme vorzulegen.

6.1.1 Losaufteilung

Eine Aufteilung Fach- und/oder Teil-Lose ist nicht vorgesehen.

6.1.2 Nebenangebote

Nebenangebote/Änderungsvorschläge/Varianten sind nicht zugelassen.

6.1.3 Angebotsinhalte

Nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs hat der Bewerber im Rahmen der Angebotsabgabe voraussichtlich die nachfolgenden Dokumente und Konzepte einzureichen (siehe Spiegelpunkte), die bewertet werden. Die Aufzählung hat an dieser Stelle des Verfahrens daher rein informativen Charakter; die hier angegebenen Anlagen sind kein Bestandteil der Unterlagen im Teilnahmewettbewerb und werden den Bewerbern erst auf der zweiten Stufe (Angebots-/Verhandlungsphase) des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, hierzu abweichende Festlegungen mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu treffen.

Im Rahmen der Angebotsabgabe muss der Bewerber nachfolgende Unterlagen einreichen:

- Anlage 23 „Zuschlagskriterien“
- mit dem Angebot einzureichendes Umsetzungskonzept
- Anlage 24 „Angebotspreise“
- Technische Organisatorische Maßnahmen (TOMs)

6.1.4 Formale Anforderungen

Es sind die übermittelten Vergabeunterlagen des Auftraggebers zu verwenden. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

6.1.5 Öffnung und Prüfung der Angebote

Die Öffnung der Angebote findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Eine Teilnahme der Bieter bei der Öffnung ist nicht zugelassen.

Die Angebote werden zunächst auf die Einhaltung der formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß [§ 56 Abs. 1 VgV](#) geprüft. Unterlagen können unter den Voraussetzungen des [§ 56 Abs. 2 bis 4 VgV](#) nachgefordert werden. Von den Bietern kann die Aufklärung über das Angebot verlangt werden.

6.1.6 Bietergespräche/Verhandlungsrunde(n)

Wenn der Auftraggeber nicht von seinem Recht Gebrauch macht, den Zuschlag auf der Grundlage der Erstangebote ohne Verhandlungen zu erteilen, finden Bietergespräche statt, zu denen der Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht ausgeschlossen werden müssen, einladen wird. Ort und Zeit der Gespräche werden den Bietern rechtzeitig vorab bekannt gegeben. Der Termin wird – sofern es die Umstände ermöglichen und unter Beachtung etwaiger Vorlagen - am Standort des Auftraggebers stattfinden; ansonsten im Rahmen eines Web-Meetings. Sämtliche Gespräche werden ausschließlich in deutscher Sprache geführt.

Die Bietergespräche dienen der Klärung offener Fragen auf Auftraggeberseite und, soweit erforderlich, der Verhandlung der fachlich-technischen, der kommerziellen und der rechtlichen Bedingungen.

Darüber hinaus dienen die Bietergespräche der Klärung offener Fragen auf Bieterseite. Insbesondere wird der Auftraggeber unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes weitere Informationen geben, soweit diese für die Kalkulation oder sonstige Angebotserstellung relevant sind. Informationen, die für alle im Verfahren verbliebenen Bieter für die Erstellung überarbeiteter oder endgültiger Angebote relevant sein können, werden diesen im Rahmen von überarbeiteten Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die Bieter werden hiermit nochmals darauf hingewiesen, dass es ihnen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens möglich ist, Fragen an den Auftraggeber zu richten.

Die Bieter können in einer Anlage zu ihrem Angebot bereits mitteilen, worüber sie verhandeln möchten, welche Änderungswünsche sie haben, welche Angaben sie noch benötigen und welche Fragen sie in den Bietergesprächen zu stellen planen. Dieses Dokument dient vor allem der Vorbereitung des Auftraggebers auf das Bietergespräch. Der Bieter kann im Gespräch auch noch weitere Änderungswünsche einbringen, Anmerkungen und Fragen stellen.

Der Auftraggeber wird die von den Bietern vorgeschlagenen Änderungen der Vergabeunterlagen prüfen und ggf. in die Verhandlungen einbringen. Nach Abschluss aller Verhandlungsgespräche wird der Auftraggeber die besprochenen Änderungswünsche bzw. –vorschläge der Bieter abschließend bewerten und entscheiden, welche Änderungswünsche er in welchem Umfang in den Vergabeunterlagen berücksichtigt. Auf dieser Grundlage erstellt der Auftraggeber die Unterlagen für das endgültige Angebot. Ein Anspruch der Bieter auf Verhandlung bestimmter Themen oder Umsetzung bestimmter Änderungswünsche besteht nicht.

Nähere Informationen zum Inhalt und Ablauf der Gespräche werden mit der Einladung versandt. Der Auftraggeber stellt rechtzeitig vor den Bietergesprächen (ca. 1 Woche vorher) den Bietern eine individuelle Agenda für das Bietergespräch zur Verfügung. Anhand dieser Agenda sind die Bietergespräche von den Bietern vorzubereiten.

6.1.7 Abgabe des endgültigen Angebotes

Nach Abschluss der Bietergespräche infolge der verbindlichen Erstangebote fordert der Auftraggeber die Bieter zur Abgabe eines endgültigen Angebotes auf.

6.1.8 Beendigung des Verfahrens

Der Auftraggeber prüft und wertet die endgültigen Angebote und erteilt den Zuschlag auf das danach wirtschaftlichste Angebot.

6.1.9 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen und insbesondere Preisabsprachen treffen, können unter den Voraussetzungen des § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB ausgeschlossen werden.

6.2 Preisangaben

6.2.1 Allgemeines

Die Anlage 24 Angebotspreise ist vom Bieter vollständig elektronisch auszufüllen.

Hinweis: Unbedingte Preisnachlässe sind unmittelbar bei der jeweiligen Einzelpreisposition der Anlage 24 Angebotspreise in Abzug zu bringen.

6.2.2 Eintragungen des Bieters

Der Bieter trägt die Angebotspreise in der als Anlage beigelegten Excel-Datei ausschließlich in den dafür vorgesehenen Feldern ein.

Die Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Eurocent, anzugeben.

Die Preise sind netto einzutragen, d.h. exklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer, aber einschließlich aller sonstigen Steuern, Abgaben und Gebühren.

6.2.3 Angemessenheit der Preise

Erscheint der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, wird nach Maßgabe von [§ 60 VgV](#) Aufklärung verlangt.

6.2.4 Preisprüfung

Es gelten die Bestimmungen über die Preisprüfung gemäß [Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 \(BAZ. 1953 Nr. 244\)](#), zuletzt durch Artikel 1 der [Verordnung vom 25. November 2021 \(BGBl. I S. 4968\)](#).

6.3 Zuschlagskriterien / Angebotswertung

Die Wirtschaftlichkeit der Angebote wird anhand folgender Haupt-Kriterien bewertet:

Haupt-Kriterium	Bewertungsgrundlage	Gewichtung
Qualität (Q)	Bieterangaben gemäß der Anlage 23 Zuschlagskriterien)*	60%
Preis (P)	Angebotspreise gemäß der Anlage 24 Angebotspreise	40%

)* Die Zuschlagskriterien setzen sich aus folgenden Hauptkategorien zusammen: Angaben zum Produkt – Funktional, Angaben zum Produkt – Technisch, Arbeitsergonomie, Projektumsetzung, Instandhaltungsleistungen, Datenschutz und Umsetzungskonzept

6.4 Bewertung im Haupt-Kriterium „Qualität“

Im Haupt-Kriterium Qualität werden die Punkte, die sich aus den Bieterangaben gemäß den Anlagen Zuschlagskriterien ergeben aufaddiert zur Punkte-Zahl des Bieters, durch die maximal erreichbare Punktzahl dividiert und anschließend mit dem Gewichtungsfaktor des Hauptkriteriums Qualität multipliziert. Die zuvor erläuterte Wertung der Bieter bildet sich in folgender Formel ab:

$$(PZ_B / PZ_{Max}) \times Gew_Q = Q_{Bieter}$$

PZ_B Punkte-Zahl des Bieters

PZ_{Max} maximal erreichbare Punktzahl

Gew_Q Gewichtungsfaktor des Hauptkriteriums Qualität

Q_{Bieter} erzielter Punktwert des Bieters für das Kriterium Qualität

Der erzielte Punktwert des Bieters für das Kriterium Qualität wird mit bis zu drei Stellen nach dem Komma ermittelt.

6.5 Bewertung im Haupt-Kriterium „Preis“

Der Angebotswertung wird die im Preisblatt (Anlage 24 Angebotspreise) ausgewiesene Gesamtsumme (in EUR netto) zugrunde gelegt. Diese Gesamtsumme dient ausschließlich der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots in diesem Vergabeverfahren und muss nicht mit den zu erzielenden Umsätzen während der Vertragslaufzeit übereinstimmen.

Im Haupt-Kriterium Preis wird die Gesamtsumme des günstigsten Bieters (in EUR netto), durch die Gesamtsumme des Bieters (in EUR netto) dividiert und anschließend mit dem Gewichtungsfaktor des Hauptkriteriums Preis multipliziert. Die zuvor erläuterte Wertung der Bieter bildet sich in folgender Formel ab:

$$\text{GPS}_{\text{günst}} / \text{GPS}_{\text{Bieter}} \times \text{Gew}_P = P_{\text{Bieter}}$$

$\text{GPS}_{\text{günst}}$ Gesamtsumme des günstigsten Bieters

$\text{GPS}_{\text{Bieter}}$ Gesamtsumme des Bieters

Gew_P Gewichtung des Hauptkriteriums Preis

P_{Bieter} erzielter Punktwert des Bieters für das Kriterium Preis

Der erzielte Punktwert des Bieters für das Kriterium Preis wird mit bis zu drei Stellen nach dem Komma ermittelt.

6.6 Zuschlagsentscheidung

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der höchsten Maßzahl Z erteilt. Der Auftraggeber errechnet diese Zahl wie folgt:

$$Z_{\text{Bieter}} = Q_{\text{Bieter}} + P_{\text{Bieter}}$$

Der erzielte Punktwert des Bieters für die Maßzahl Z wird mit bis zu drei Stellen nach dem Komma ermittelt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB erfolgt die Vorab-Information der Bieter, deren Angebot nicht berücksichtigt werden soll, unter Angabe der Namen des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft, deren Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform.

Der EVB-IT Vertrag mit seinen Anlagen bildet den vertraglichen Rahmen zur Auftragsdurchführung. Änderungsvorschläge können, soweit aus Sicht der Bieter sinnvoll oder erforderlich, mit dem Erstangebot eingereicht werden. Sofern der Auftraggeber nicht von seinem Recht Gebrauch macht, den Zuschlag ohne Verhandlungen auf die Erstangebote zu erteilen, wird er die Verhandlungsvorschläge prüfen, ggf. in den Bietergesprächen erörtern und bei Abschluss der Verhandlungen entscheiden, ob und inwieweit Änderungen an dem Entwurf für eine Rahmenvereinbarung vorgenommen werden.

7 Begriffsbestimmungen

In diesem Dokument werden die nachfolgend aufgeführten Begriffe mit folgender Bedeutung verwendet:

- „Andere Unternehmen“: Oberbegriff für sämtliche Unternehmen, auf die sich der Bewerber im Rahmen seines Eignungsnachweises stützen möchte. Hierunter fallen insbesondere so genannte Nachunternehmer oder Unterauftragnehmer.
- **Bewerbergemeinschaft**: Bewerber- und Bietergemeinschaften i.S.d. § 43 Abs. 2 VgV.